

Bürgermeister Haumann und Stadtverordnetenvorsteher Gail:

Das Drama um Lügen vor Parlament, Gericht und Presse!

Wegen einem Transparent, das vom Geländer der ZuschauerInnentribüne herunterhing, unterbrach CDU-Mann und Stadtverordnetenvorsteher Gail eine Stadtparlamentssitzung. Mehr war gar nicht passiert – dennoch stellte er erstmals unter seiner Leitung eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. In anderen Fällen, z.B. bei einer Blockade der Eingangstür mit anschließender Räumung durch kampferprobte Polizeitruppen verzichtete er darauf. Die Stadtverordneten wurden über sie wurden gnadenlos belogen.

Was geschah?

In der Stadtverordnetensitzung wurde über die Lügen von Bürgermeister Haumann gesprochen. Der hatte eine Bombendrohung erfunden, um politische GegnerInnen zu diskreditieren, harte Polizeieinsätze und Verhaftungen zu rechtfertigen. Klar, dass ihm strafrechtlich nie etwas passiert ist, die Staatsanwaltschaft ist ja zum Schutz der Obrigkeit da (siehe Seite 41). Nur mit erheblicher Verzögerung und unfreiwillig räumte er schließlich seine Lüge ein (www.projektwerkstatt.de/12_12_02 und in der Dokumentation 2004).

Als das nun alles klar war, gab es eine Debatte im Stadtparlament über die Lügen des Bürgermeisters. Immerhin hatte er auch das Stadtparlament belogen – eigentlich nicht gerade die feine Art, selbst in den ohnehin herrschaftsförmigen Strukturen einer Demokratie. Die Debatte fand am 27.3.2003 statt. Und von Beginn an war dort eines ähnlich wie an dem

umstrittenen Tag der Bombendrohung. Auch dort hatten Bürgermeister Haumann und Stadtverordnetenvorsteher Gail in ihrer Not und Angst von den Menschen draußen, die ihre Politik nicht mittragen, ein großes Polizeiaufgebot bestellt. Damals fand die Stadtverordnetensitzung unter massivem Polizeischutz und unter Ausschluss großer Teile der gekommenen ZuschauerInnen statt. Das alles sollte am 27.3. wieder zur Sprache kommen. Doch wieder waren die ZuschauerInnenränge voll – mit Polizei. Damit das nicht auffällt, wurden Polizisten der sogenannten „Operativen Polizeieinheit“ (OPE) in den Raum gesetzt, die auch sonst in der Stadt auf der Jagd nach unerwünschten Personen, Drogenhandel und -konsum in Zivil herumlaufen. Gleichzeitig wurde in der nahen Polizeistation eine uniformierte Eingreiftruppe aufgestellt, die bei Störungen dann gleich attackieren sollte. Also alles gut vorbereitet ... und der Chef der OPE, Herr Urban, kam vor der Sitzung kurz auf die Tribüne und sprach einen der ihm bekannten Projektwerkstättler an: „Ich habe mit Herrn Gail alles abgeklärt. Wenn sie einen Mucks machen, fliegen Sie hier raus!“. Sprachs und verschwand ...

Die Aktion war wenig spektakulär. Als der Tagesordnungspunkt zu den Haumann-Lügen aufgerufen wurde, wurde ein Transparent herabgerollt. Einige Personen entfernten sich danach von der Tribüne, so dass unklar blieb, wer eigentlich das Transparent entrollt hatte. Es hing festgebunden an dem Geländer (siehe Foto im Anzeiger, 29.3.2003, S. 11). Das allein führte dazu, dass der Stadtverordnetenvorsteher Gail (CDU) den gerade im Parlament Redenden unterbrach und einige ZuhörerInnen aufforderte, das Transparent einzurollen. Die Verbliebenen auf der Tri-



Polizei entfernte Protestler

Jörg Bergstedt versteht es immer wieder, sich öffentlichkeitswirksam in seinem Protest gegen unsere Gesellschaftsordnung in Szene zu setzen. Am Donnerstagabend hatte er die Sitzung des Stadtparlamentes als Bühne gewählt. Im Zuge der Debatte um eine angebliche Bombendrohung zur Dezember-Sitzung der Stadtverordneten entrollte er auf der Zuschauerempore plötzlich eine sarkastische Protestschrift. Trotz mehrmaliger Aufforderung von Stadtverordnetenvorsteher Dieter Gail, diese zu entfernen, rührte sich Bergstedt nicht. Die Polizei wurde gerufen, die rasch zur Stelle war, um ihn aus dem Saal zu führen. Gail und Bürgermeister Heinz-Peter Haumann verneigten anschließend eine Frage von SPD-Fraktionschef Wulf Linder, ob ihnen bekannt gewesen sei, dass die Sitzung des Parlamentes von Polizisten in Zivil verfolgt werde. Aat/Bild: Goltze

Fragen an die Polizei

Am vergangenen Donnerstagabend kam es im Sitzungssaal der Stadtverordnetenversammlung erneut zu einem Polizeieinsatz. Dieser war – soweit man ihn verfolgen konnte – notwendig und angemessen. Zwei Männer aus dem Umfeld der Saasener Projektwerkstatt waren mit der festen Absicht erschienen, die Sitzung zu stören. In genauer Kenntnis der Handlungszwänge des Stadtverordnetenvorstehers, der anlässlich der Geschäftsordnung des Parlaments völlig zur Hilfe rief, provozierten die Störer ein Eingreifen der Beamten, indem sie sich weigerten, ein Transparent einzurufen, auf dem die nicht gewesene Bombendrohung des Bürgermeisters gewissermaßen wurde. Der körperliche Einsatz der Polizei, der angesichts der Verweigerung der beiden Demonstranten gar nichts anderes übrig blieb, gehörte zum Kalkül der Protestierer – wiewohl auch die Hoffnung auf eine medienwirksame Dokumentation ihrer Aktion. Die AZ hatte daher in der Samstagausgabe bewusst auf die Veröffentlichung entsprechender Fotos verzichtet.

Dennoch haben die Vorgänge vom Donnerstag Fragen an die Polizei, die Spitze der Stadtverwaltung und den Stadtverordnetenvorsteher aufgeworfen. Im Sitzungssaal hielten sich während der Beratungen unerkannt eine Hand voll Zivilbeamte auf, die ihre uniformierten Kollegen per Mobiltelefon ins Stadthaus beorderten, als Bergstedt und Co. loslegten. Über die Anwesenheit der Zivilen waren weder Parlamentschef Dieter Gail noch die Spitze der Verwaltung informiert, bestätigte ein Sprecher des Polizeipräsidiums entsprechende Aussagen von Gail und Bürgermeister Haumann. Das ist insofern ein bemerkenswerter Vorgang, weil die in Fragen der Kommunikation hochprofessionelle Gießener Polizei ansonsten größten Wert auf Vorabstimmungen legt und die Tagesordnung, die Störungen vermuten ließ, lange bekannt war. Die Polizei hat gestern denn auch klargestellt, dass die teilweise Nicht-Information von Stadtverwaltung und Stadtverordnetenvorsteher eine Ausnahme war, die sich aus der Einsatzsituation ergab. Das ist gut so, denn es wäre – zumindest aus atmosphärischer Sicht – nicht hinnehmbar, dass sich die Polizei eine Blankovollmacht für Ermittlungen im parlamentarischen Raum ausstellt, auch wenn die Stadtverordnetenversammlung kein klassisches Parlament mit Bannmeile sein mag und eine rechtliche Würdigung vermutlich zum Ergebnis führen würde, dass der Stadtverordnetenvorsteher bzw. der Magistrat keinen Anspruch auf vorherige Informationen haben.

Dass diese Zeitung wegen der jüngsten Vorgänge im Stadthaus gestern nochmals „nachbohrt“, hat die Führung der hiesigen Polizei übrigens keineswegs irritiert. Ihr Sprecher zeigte Verständnis, dass der Einsatz vom Donnerstag auf einen außenstehenden Beobachter stellenweise widersprüchlich gewirkt haben mag und Fragen aufwarf. Bei den Ordnungshütern ist man sich nämlich sehr wohl bewusst, dass polizeiliches Handeln gerade in einem Rechtsstaat nicht sakrosankt sein darf.

Nicht nur die, die das Gewaltmonopol der Polizei in Frage stellen, müssen ihr Verhältnis zum Rechtsstaat klären; das gilt auch für jene, die sich angesichts berechtigter Fragen und leiser Kritik an der Staatsmacht jedes Mal gleich wie Heinrich Manns Untertan auführen.

Es hing festgebunden an dem Geländer (siehe Foto im Anzeiger, 29.3.2003, S. 11). Das allein führte dazu, dass der Stadtverordnetenvorsteher Gail (CDU) den gerade im Parlament Redenden unterbrach und einige ZuhörerInnen aufforderte, das Transparent einzurollen. Die Verbliebenen auf der Tri-

büne hatten mit dem Transparent aber nichts zu tun und sagten das dem Vorsteher. Der forderte daraufhin alle Personen auf der Tribüne auf, das Gebäude zu verlassen. Zudem unterbrach er die Sitzung nun ganz und forderte die Polizei an, um die Personen aus dem Saal tragen zu lassen. Niemals aber forderte er konkret eine Person auf noch nannte er Gründe für das Hausverbot. Dennoch kam die Eingreiftruppe von nebenan, legte die Personen in Handschellen und trug sie in die Polizeistation, wo sie einige Stunden festgehalten wurden.

Haumann und Gail lügen

Von der anwesenden Polizei hätten Gail und Haumann nichts gewusst. Das sagten sie dem Parlament, der Presse auf deren Anfragen und Gail sagte es vor Gericht am 15.12.2003. Die Vorgänge waren öffentlich und in der Presse zu lesen (siehe Artikel unten). Da Zweifel an dieser

Version laut wurden, wiederholten Gail und Haumann ihre Aussagen aus dem Parlament nochmals gegenüber der Presse. Auch die Polizei sprang der Obrigkeit noch einen Tag später an die Seite und bestätigte deren Version auf Anfrage der Gießener Allgemeinen. Aber ... alles war gelogen. Doch der Weg zur Enthüllung war dramatisch. Er zeigt, dass nur mit Glück und viel Rückgrat der Lügenfilz der Herrschenden mit den sich gegenseitig unterstützenden Ämtern und Behörden zu knacken ist. Was hier aufflog, ist ein Beispiel für vieles. Der Aufwand, in den Sphären der Macht zu agieren, aber ist hoch.

Polizei im Parlament

Stadt wusste nichts über Präsenz von Zivilbeamten

Gießen (m). Nach Auskunft des Polizeipräsidiums Mittelhessen waren Stadtverwaltung und Stadtverordnetenvorsteher vorab nicht über die Präsenz von zivilen Polizeibeamten informiert worden, die sich am Donnerstagabend unter das Publikum im Stadtverordnetensitzungssaal gemischt hatten. Eine „eigene Lageeinschätzung“ habe die Polizei veranlasst, die Beamten vorsorglich ins Stadthaus zu schicken, da die Tagesordnung Störungen habe erwarten lassen, sagte Werner Tuchbreiter von der Polizei-Pressestelle gestern auf AZ-Anfrage.

Wie berichtet, war es im Zusammenhang mit der parlamentarischen Nachbereitung der Dezember-Sitzung am Donnerstag zu einer Störung durch zwei Männer aus dem Umfeld der Saasener Projektwerkstatt gekommen. Sie wurden nach mehrmaliger verboglicher Aufforderung des Stadtverordnetenvorstehers Dieter Gail, ein Transparent zu entfernen und den Raum zu verlassen, von uniformierter Polizei aus dem Saal geschleppt, in Handschellen gelegt und bis zum Ende der Beratungen festgehalten.

Die Uniformierten waren telefonisch von ihren Kollegen in Zivil und dem Stadtverordnetenvorsteher herbeigerufen worden. Wie Tuchbreiter sagte, habe sich eine Handvoll Uniformierter in der benachbarten Wache in Bereitschaft gehalten. Über diese Vorkehrung sei die Stadt bzw. der Parlamentsvorsteher aber vorab informiert worden.

Gail und Bürgermeister Heinz-Peter Haumann hatten gegenüber dem Parlament erklärt, von der Anwesenheit der Zivilbeamten nichts gewusst zu haben. An dieser Darstellung waren am Rande der Beratungen Zweifel laut geworden. Die Polizei werde kaum Beamte in Zivil in ein Parlament schicken, ohne die Stadt vorab zu informieren, hieß es. Laut Tuchbreiter ist genau dies am Donnerstag geschehen.

Bislang keine Strafanzeigen

Noch nicht entschieden worden ist, ob es Strafanzeigen gegen die beiden Demonstranten geben wird, die die Beratungen gestört hatten. Stadtverordnetenvorsteher Gail will sich zunächst mit dem Rechtsamt der Stadt abstimmen, sagte er gestern auf AZ-Anfrage.

Enthüllung der Lügen

Am 3. Januar rief Staatsanwalt Vaupel bei der Polizei an, weil er offenbar noch Belastungsmaterial brauchte für den Prozess am 10.3.2005. Der Polizist am anderen Ende der Leitung notierte die Anfragen von Vaupel und sorgte für Antworten. Die aber nützten Vaupel wenig, denn die angefragten Polizisten wurden offenbar nicht richtig informiert – nur ein Teil von ihnen log, wie wohl erwünscht. Einer von ihnen notierte in seinem Vermerk, dass er den Auftrag hatte, Störer bei der Stadtverordnetenversammlung zu beobachten. Der Polizeipräsident Meise, der sich laut Aktenvermerk im Flur vor dem Sitzungssaal aufgehalten haben soll, stellte den Einsatzleiter dem Stadtverordnetenvorsteher persönlich vor. Dann erklärte dieser Herrn Gail, dass 4 zivile Beamte in der ganzen Zeit der Sitzung im Saal anwesend sein werden. Zudem berichtete er Herrn Gail, dass bereits im Vorfeld eine dann eingreifende Gruppe der Polizei in der naheliegenden Polizeistation in Bereitschaft stehen würde. Mit diesem Papier wußten die Angeklagten vom 10.3.2005 also, dass nachweisbar ist, dass Gail gelogen hatte. Nur – der autoritäre Staat ist ja nicht dumm – solche Akten dürfen nicht herausgegeben werden. Also berichteten die An-

geklagten verschiedenen Personen von ihrem Wissen. Niemand von diesen erhielt die Akte, aber der brisante Inhalt sickerte offenbar auch in Richtung Stadtverordnetenvorsteher Gail durch. Und der reagierte prompt und erwünscht. Ihm war sicher klar, dass seine Aussage vor Gericht eine strafbare Falschaussage war, dass ihn seine offensichtliche Lüge vor dem Parlament sein Amt kosten könnte und dass seine Lügen an die Presse auch nicht gut ankommen würden. Eine Chance in der Sache hatte er nicht mehr, also startete er von sich aus mit einer Kampagne in der Öffentlichkeit. Sein Ziel: Die Projektwerkstatt als nicht ernstzunehmende Chaotenstätte zu diffamieren und alle Menschen, die mit ProjektwerkstättlerInnen überhaupt reden, als charakterlose Leute darzustellen. In der dafür einberufenen Pressekonferenz wiederholte Gail seine Lügen sogar erneut. Einen Tag später sprang ihm FWG-Chef Zippel offenbar nach dem Elitengesetz „Eine Hand wäscht die andere“ blindlings beiseite und griff ebenfalls die Projektwerkstatt und alle an, die von dort Informationen hätten. Doch die Zweifel verstummten nicht – und so trat die Gießener Polizeiführung, die am 28.3.2003 noch die Lügen gedeckt und wiederholt hatte, den Rückzug an. Offensichtlich wurde dort messerscharf erkannt, dass weiteres Leugnen alles schlimmer machen würde, denn am 21.3.2005 würden die Angeklagten bei der Vernehmung des Zeugen Gail im Gericht den Aktenvermerk zitieren dürfen – öffentlich! Mit rechtsstaatlichen Mitteln wäre das nicht zu verhindern gewesen, nur mit weiteren Rechtsbrüchen. Das ist zwar in Gießen seitens der Obrigkeit üblich, aber offenbar hatten diesmal Führungskräfte Bedenken, dass das zu durchsichtig sein würde. Also erklärte der Polizeipräsident Meise am 2.3. gegenüber der Presse, dass die Informationen aus der Projektwerkstatt stimmen würden – auch wenn er diese nicht namentlich nannte. Die Staatsanwaltschaft, die bisher gegen Gail in der Sache

trotz schon lange vorliegender Anzeige nicht ermitteln wollte, nahm nun die Ermittlungen auf. In einem Einzelfall ist es gelungen, die Lügen und Intrigen der Herrschenden aufzudecken. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Dokumentation war Stadtverordnetenvorsteher Gail und FWG-Chef Zippel noch im Amt. Es besteht die Gefahr, dass er geopfert wird und alle anderen aus dem Skandal herauskommen, um weiterzumachen wie bisher.

Ziel war Kriminalisierung

Ohnehin muss klar sein, dass die ganze Aktion der Kriminalisierung von unerwünschtem Protest diente. Denn es hatte auch vor und nach dem 27.3.2003 Störungen durch ZuschauerInnen im Stadtparlament gegeben, aber nie eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Auf Nachfrage, warum ausgerechnet dieser Vorgang für eine Anzeige genutzt wurde, gab Gail in internen Gesprächen mit Parlamentariern offen zu, dass die konkreten Personen verhasst seien und kriminalisiert werden sollten. Bei der Anzeige ließ sich der Stadtverordnetenvorsteher vom Law-and-Order-Rechtsberater der Stadt vertreten. Dessen Dienstvorgesetzter ist nicht Gail, sondern der inzwischen zum Oberbürgermeister gewählte Haumann (CDU), der mit der erfundenen Bombendrohung schon mal als Lügner überführt wurde. Auch dieses Rechtsamt wird noch zu prüfen sein, denn die Polizei verfolgte im Januar 2005 im Auftrag von Staatsanwalt Vaupel zwei Fragen. Neben den Aktenvermerk der Polizeibeamten ging es um die Frage, ob es ein Tonprotokoll der Stadtverordnetensitzung gibt. Das Rechtsamt der Stadt teilte der Polizei mit, dass es kein Tonband gäbe. Auch das ist eine Lüge, diesmal vom Rechtsamt und damit im Verantwortungsbereich des ohnehin schon als Lügner überführten Bürgermeisters Haumann.

Rückblende: Am 27. März 2003 stürten Demonstranten den Ablauf der Parlamentsitzung, in deren Verlauf Bürgermeister Heinz-Peter Haumann später einräumte, dass es vor der legendären Dezember-Sitzung keine Bombendrohung gegeben hatte. Als die Protestierer auf der Empore ihre Aktion begannen, schritten Zivilbeamte der Polizei ein, die die Störer observiert hatten. Da ein geordneter Fortgang der Sitzung nicht möglich war, wurde auf Wunsch von Gail, der im Sitzungssaal das Hausrecht ausübt, uniformierte Polizei herbeigerufen, die die Störer entfernte. Später wurde Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch erstattet.

Noch in der Sitzung hatte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Dr. Wulf Linder von Magistrat und Stadtverordnetenvorsteher Auskunft darüber begehrt, ob die Spitzen von Verwaltung und Parlament über die Anwesenheit verdeckter Ermittler informiert gewesen waren. Gail und Haumann verneinten.

Am folgenden Tag fragte diese Zeitung wegen der Präsenz der Zivilbeamten beim Polizeipräsidium nach. Am 29. März schien die Angelegenheit erledigt, als die AZ unter Berufung auf die Pressestelle schrieb: „Nach Auskunft des Polizeipräsidiums Mittelhessen waren Stadtverwaltung und Stadtverordnetenvorsteher vorab nicht über die Präsenz von zivilen Polizeibeamten informiert worden, die sich am Donnerstagabend unter das Publikum im Stadtverordnetensitzungssaal gemischt hatten.“

Im Vorfeld der Berufungsverhandlung (terminiert auf 10. März) gegen zwei Demonstranten aus dem Umfeld der Saasener Projektwerkstatt, die erstinstanzlich zu neun Monaten Haft verurteilt worden waren, wirft Janitzki Gail, der dort Zeuge gehört werden wird, nunmehr vor, damals nicht die Wahrheit gesagt zu haben. Wegen der Sitzung vom März 2003 hatten Janitzki und Koch-Michel für Dienstag eine Sondersitzung des Ältestenrats der Stadtverordnetenversamm-

lung beantragt. Dabei, so Janitzki, habe er Gail mit der angeblich aktenkundigen Auskunft des Polizeibeamten konfrontiert. Demnach seien Gail und Haumann unmittelbar vor Sitzungsbeginn von der Polizei informiert worden. Dies bestritt Gail gestern erneut.

Der Parlamentsvorsteher sieht sich vielmehr einer Diffamierungskampagne ausgesetzt und legte gestern vor der Presse Dokumente vor, aus denen klar hervorgehe, dass sich Janitzki und die Projektwerkstatt austauschten. Auf deren Internet-Homepage werden anstehende Termine der Stadtverordnetenversammlung genannt, und es wird angekündigt, dass dabei die – Zitat – „Lügen von Gail“ zur Sprache kämen. Wer aber soll seine vermeintliche Falschaussage zur Sprache bringen außer die beiden Stadtverordneten, die den Ältestenrat einberufen hätten, fragt sich Gail. Seine Schlussfolgerung: „PDS und wohl auch Frau Koch-Michel geht es nicht um Aufklärung, sondern um Diffamierung und Rabatz.“

Streit um Zivilpolizisten im Stadtparlament geht weiter

Ende März beginnt der Berufungsprozess / Gießens Stadtverordnetenvorsteher Gail (CDU) soll Bescheid gewusst haben

VON GEORG KRONENBERG

Gießens Parlamentschef Dieter Gail (CDU) ist wegen eines Einsatzes von Zivilpolizisten in einer Stadtverordnetensitzung unter Druck. Gail sagt, er habe davon nichts gewusst. Anders schildert es ein Polizist. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts auf uneidliche Falschaussage.

GIESSEN · 3. MÄRZ · Laut dem Gießener Oberstaatsanwalt Reinhard Hübner gibt es einen Widerspruch zwischen Gails Aussage in einem Amtsgerichtsprozess Ende 2003 und einer neuen Zeugenaussage eines Polizeihauptkommissars. „Der Stadtverordnetenvorsteher sagt, er wusste von dem Einsatz der Zivilpolizisten nichts. Der Polizist sagt, er habe ihn informiert.“ Zu dieser Diskrepanz solle Gail gehört werden.

Konkret geht es um den Ablauf einer fast zwei Jahre zurückliegenden Parlamentsitzung: Am 27. März 2003 hatten Demonstranten gegen CDU-Bürgermeister Heinz-Peter Haumann im Plenarsaal ein Transparent entrollt und den Ablauf der Sitzung gestört. Der Stadtverordnetenvorsteher ließ

uniformierte Polizei herbeirufen, die die Protestierenden entfernte. Von der Rechtsabteilung der Stadt wurde später Anzeige wegen Hausfriedensbruchs gestellt.

Weil aber schon lange vor den Störungen vier Zivilpolizisten auf den Zuschauerbänken im Parlament saßen, hatte die SPD-Opinion in der Sitzung kritisch nachgefragt, ob Stadtverordnetenvorsteher und Magistrat darüber informiert gewesen seien. Gail verneinte dies sowohl vor dem Parlament als auch beim Amtsgerichtsprozess Dezember 2003 gegen einen der Störer. Der Politaktivist aus dem mittelhessischen Reiskirchen wurde damals wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung, Widerstands gegen Vollzugsbeamte, Sachbeschädigung und der Störungen im Parlament zu neun Monaten Haft verurteilt.

Inzwischen steht Ende März der Berufungsprozess an. Und genau in diesen Prozessakten steht die pikante Zeugenaussage des Leiters der zivilen Polizeigruppe.

Die Polizei selbst hatte nach der Sitzung wegen der SPD-Kritik erläutert, dass es sich um einen „ad hoc“-Einsatz gehandelt habe: Wegen kurzfristig eingegangener Informa-

tionen über mögliche Sitzungsstörungen seien die Beamten zur Beobachtung vor dem Stadtverordnetensaal gewesen. Als einige „polizeibekannt Personen“ das Parlament angesteuert hätten, seien die Fahnder gefolgt. „Das war aus der Situation heraus. Deshalb konnten wir im Vorfeld die Parla-

Soll Widerspruch aufklären: Gießens Parlamentschef Dieter Gail (CDU).



BILD: R. K. WEIST

mentsspitze nicht informieren“, betont Polizeipräsident Manfred Meise gegenüber der FR. Er sei wegen eines Festakts einer Städtepartnerschaft vor Ort gewesen und habe seinen Einsatzleiter dem Stadtverordnetenvorsteher kurz vorgestellt – er sei dann aber gegangen, ohne das weitere Gespräch zwischen dem Beamten und Gail gehört zu haben.

Der unter Druck geratene Stadtverordnetenvorsteher beteuert derweil, die Wahrheit gesagt zu haben. Er sieht sich von der PDS und der Bürgerliste Gießen „auf schäbige Weise“ diffamiert. Denn beide Fraktionen hatten die unterschiedlichen Aussagen zum Einsatz der Zivilpolizisten zum Thema einer Ältestenratssitzung gemacht. Weil der PDS-Abgeordnete Michael Janitzki anschließend die Angaben des Polizisten sinngemäß öffentlich machte, wittert Gail eine Absprache mit dem erstinstanzlich verurteilten Politaktivisten – in dessen Gerichtsakten sich die Zeugenaussage befindet. PDS und Bürgerliste machten sich „zum Helfer und Unterstützer von Leuten“, deren „Verhalten wohl als anarchistisch bezeichnet werden muss“, wettet Gail.

Und FWG-Fraktionsvorsitzender Johannes Zippel sieht eventuell sogar die Staatsanwaltschaft gefordert, um aufzuklären, wie der PDS-Parlamentarier an nichtöffentliche Ermittlungsakten kommt. Die winkt aber ab. „Wenn jemand nur sinngemäß weitergibt, was er gehört hat, ist das noch keine Verletzung von Dienstgeheimnissen“, so Oberstaatsanwalt Hübner.

Oben: Gießener Allgemeine vom 26.2.2005 mit präzisem Rückblick, der Wiederholung der Lügen und Gails Diffamierungsversuchen. Darunter: Frankfurter Rundschau vom 4.3.2005 nach der Aufklärung.

Links: Anzeiger und Allgemeine am 5.3.2005 in Kommentaren: Beide sehnen sich danach, dass die Lügner „oben“ bleiben und diffamieren diejenigen, welche den Skandal aufgedeckt haben. Die Gießener Elite rückt als Block zusammen gegen aufmüpfige Menschen.

mimative erwarten können. Dabei sind die Sympathien klar verteilt und liegen eindeutig beim Parlamentschef. Selbst die Oppositionsparteien sprechen von einer »bedauerlichen Debatte«. Bleibt zu hoffen, dass sich die das Ergebnis der Wahrheitsfindung mit den Sympathiebekundungen deckt.

sanz gewonnen. Es sollte jedoch im Interesse aller Beteiligten sein, die Sache vor dem Beginn des Berufungsprozesses gegen Jörg Bergstedt zu klären, um diesem nicht zusätzliche Aufmerksamkeit zu verschaffen.